

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, die Bundesregierung aus CDU und FDP will den Atomausstieg rückgängig machen und die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängern. So ist es im Koalitionsvertrag vereinbart, auch wenn Details erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen enthüllt werden sollen. Besonders perfide: die von den Atomkraftwerken ausgehenden Gefahren für Mensch und Natur, die Verstrahlung der Umgebung, die weitere Vergrößerung der strahlenden Erblast für Generationen von Menschen sollen mit der teilweisen Abtretung der erwarteten Mehrgewinne der vier Atomkonzerne abgegolten werden. Religiöse Menschen könnten das einen Judaslohn nennen, denn die Gesundheit und Unversehrtheit von Generationen wird für ein paar Silberlinge verhökert. Die Antiatombewegung will sich diesen „Deal“ zwischen Bundesregierung und Atomstromkonzernen nicht gefallen lassen. Denn der geht zu Lasten unserer Zukunft, der Gesundheit, der Natur aber auch des Wettbewerbs mit kleineren Stromanbietern und letztlich der Strombezieher. Eine Reihe von Veranstaltungen hierzu sind geplant und werden hoffentlich breite Unterstützung auch bei Ihnen finden. Auch jenseits der



Grenze in Frankreich gibt es berichtenswertes. Neue Brennstäbe sollen hier den Betrieb der AKWs zwar nicht sicherer aber profitabler machen. Hierzu veröffentlichen wir eine Meldung des Trierer Antiatomnetzes. Wenig erfreulich ist auch die geplante Absenkung der Vergütung von Solarstrom durch die Bundesregierung. Der Solarboom könnte dadurch abrupt gestoppt werden. Es gibt aber auch erfreuliches. Die ersten Statistiken für 2009 belegen, dass Erneuerbare Energien in Deutschland und im Saarland einen immer größeren Anteil der Energieversorgung leisten. Sowohl bei Strom als auch im Wärmebereich gibt es deutliche Steigerungen. Neben den Erneuerbaren Energien ist bekanntlich Energieeinsparung und Effizienzsteigerung gefordert. Peter Wunsch will dazu ein monatliches Treffen unter dem Motto „Gemeinsam Energie sparen“ durchführen. Alle sind herzlich eingeladen, mitzusparen. Und ich möchte Sie auch ausdrücklich zu der von Energiewende Saarland e.V., Verbraucherzentrale und Arbeitskammer organisierten Veranstaltung „Jedem Saarländer sein Kraftwerk“ am 17. März um 17:30 Uhr in der Arbeitskammer einladen. Die bereits im letzten Magazin besprochenen Blockheizkraftwerke stehen hier im Mittelpunkt des Interesses. Ich hoffe, Sie alle bei der ein oder anderen Veranstaltung persönlich anzutreffen und wünsche viel Spaß beim Lesen.

Christian Bersin

Erneuerbare decken 2009 10,6 % des deutschen Endenergieverbrauchs

von Christian Bersin

Laut Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) waren die Erneuerbaren auch 2009 auf Wachstumskurs: Die Energiebereitstellung stieg nach Verbandsangaben gegenüber dem Vorjahr um 10,8 Milliarden kWh. Damit hätten die Erneuerbaren insgesamt einen Anteil am Endenergieverbrauch von 10,6 Prozent (2008: 9,5 %) erreicht, mehr als jede zehnte in Deutschland verbrauchte Kilowattstunde stamme aus regenerativen Quellen. Die Erneuerbaren Energien hätten allein im vergangenen Jahr rund 111 Millionen

Tonnen CO₂-Äquivalent vermieden und damit die Volkswirtschaft um 7,9 Mrd. Euro externer Kosten für Umwelt- und Gesundheitsschäden entlastet. Zudem hätten Importe fossiler Brennstoffe im Gegenwert von 6,4 Mrd. Euro vermieden und statt dessen die heimische Wertschöpfung gestärkt werden können.

Nach Angaben des BEE haben die Erneuerbaren Energien besonders stark im Wärmesektor zugelegt. Hier sei ihr Anteil auf 9,6 Prozent gegenüber 7,9 Prozent im Vorjahr gestiegen. Das

entspricht einer Zunahme in der Wärme-erzeugung von 110,7 auf 125,3 Mrd. kWh. Die Zahlen täuschten aber über eine gefährliche Trendwende hinweg: Im zweiten Halbjahr 2009 sei der Absatz von Anlagen der regenerativen Wärmeerzeugung regelrecht eingebrochen. Die Politik müsse deshalb für den Wärmemarkt dringend zusätzliche Anstrengungen unternehmen. Gemeinsam mit der deutschen Heizungswirtschaft fordert der BEE die Bundesregierung auf, die Erneuerungsquote von Heizungsanlagen durch geeignete Maßnahmen mindestens zu verdoppeln und ausreichend finanzielle Anreize für den Einbau regenerativer Heizsysteme zu bieten. Dafür müssten u.a. wirksame Energiestandards geschaffen, das Marktanzreizprogramm deutlich aufgestockt und eine Informationskampagne gestartet werden.

Die insgesamt regenerativ erzeugte Strommenge blieb nach BEE-Berechnungen im Jahr 2009 mit 93,3 Mrd. kWh etwa auf gleichem Niveau wie 2008. Der relative Anteil sei wegen des gesunkenen Stromverbrauchs dennoch auf 16,1 Prozent (2008: 15,1 %) gestiegen. Die installierte Leistung in den Bereichen Wind, Sonne, Wasser, Bioenergie und Geothermie sei 2009 zusammengenommen um rund 5400 MW angewachsen.

Im Verkehrssektor habe sich 2009 die schlechte Entwicklung des Vorjahres fortgesetzt. Der Einsatz von Biokraftstoffen sei weiter rückläufig gewesen, so dass nur noch ein Anteil von 5,4 Prozent Erneuerbarer Energie im Verkehrssektor eingesetzt wurde. Das entspreche einer Energiemenge von 33,8 Mrd. kWh (2008: 36,7 Mrd. kWh). Der notwendige Neustart in der Biokraftstoffpolitik stehe nach wie vor aus. Von der im

Koalitionsvertrag von Union und FDP versprochenen schnellen Wiederbelebung des Rein-kraftstoffmarktes sei bisher noch nichts zu erkennen.



Solar boomt 2008 und 2009!

Mindestens 1933 Megawatt (MW) Solarstromleistung sind laut dem Magazin PHOTON in 2008 in Deutschland neu ans Netz gegangen. Der Bundesverband der Energie und Wasserwirtschaft (BDEW) hat gar 1964 MW ermittelt. Das sind ca. 70 % mehr als im Vorjahr. Ende 2008 erzeugten über 5950 MW Anlagen ca. 0,82 % des deutschen Stroms. Pro Kopf waren in Deutschland damit 73 W Solarleistung installiert. Solarer Spitzenreiter der Bundesländer ist Bayern, in dem Ende 2008 bereits 2,4 % des Stroms von der Sonne stammen. Im Saarland ist die Solarstromleistung in 2008 um 20 auf 64 MW gewachsen, entsprechend 62 W pro Kopf, die 0,6 % des hier benötigten Stroms liefern können. In Rheinland-Pfalz wurden im selben Zeitraum 128 MW errichtet, so dass dort insgesamt 349 MW 0,83 % des Stroms erzeugten. Pro Kopf sind das 87 Watt, so dass Rheinland-Pfalz den Bundesschnitt übertraf.

Das ohnehin hohe Wachstum wurde 2009 nach ersten Meldungen noch deutlich übertroffen. Bis Ende November wurden laut Bundesnetzagentur 2300 MW angemeldet. PHOTON schätzt den Neubau im Gesamtjahr auf über 3000 MW. Im Saarland waren bis Ende September 14 MW bei der Bundesnetzagentur gemeldet, so dass auch im Saarland mit einer deutlichen Steigerung zu rechnen ist.

Christian Bersin

Einladung



„Jedem Saarländer sein eigenes Kraftwerk?!“ Chancen und Möglichkeiten der dezentralen Energieerzeugung

Mittwoch, 17. März 2010, 17:30 – 20:00 Uhr

Arbeitskammer des Saarlandes – Großer Saal, Fritz-Dobisch-Str. 6-8, 66111 Saarbrücken

Blockheizkraftwerke können einen deutlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten und in vielen Fällen auch wirtschaftlich eingesetzt werden. Trotzdem passiert dies noch viel zu selten. Verbraucherzentrale, Arbeitskammer und Energiewende Saarland e.V. haben dies zum Anlass genommen, über diese umweltfreundliche Technik zu informieren und dafür zu werben. Alle Interessierten sind herzlich dazu eingeladen.

Stromerzeugung in konventionellen Kraftwerken ist i.d.R. sehr ineffizient. Nur ca. 37% der Primärenergie wird in Verbrennungskraftwerken in Strom umgewandelt. Die Abwärme bleibt all zu oft ungenutzt. Eine spürbare Steigerung der Energieeffizienz kann erreicht werden, wenn die Abwärme sinnvoll genutzt wird. Sei es die Einspeisung in Fernwärmenetze oder Nahwärmeinseln rund um dezentrale Blockheizkraftwerke (BHKW) oder auch die Installation eines Mini-BHKW als Heizung für ein größeres Privat- oder Mehrfamilienhaus mit gleichzeitiger Stromerzeugung.

Auf diesem Weg leisten BHKWs einen wirtschaftlichen Beitrag zum Klimaschutz. Indem man selbst zum Stromproduzenten wird, bieten sie die Möglichkeit, sich als Energieverbraucher ein Stück unabhängiger zu machen.

In der Gemeinschaftsveranstaltung von Verbraucherzentrale e.V., Energiewende Saarland e.V. und Arbeitskammer wird thematisiert:

- Angebote für Privatverbraucher am Markt und wie diese vom Staat gefördert werden,
- Anlagen, die durch öffentliche Einrichtungen und von der Privatwirtschaft betrieben werden
- Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung privater Verbraucher beispielsweise an Biogasanlagen
- Dezentralisierung der Stromerzeugung im Saarland unter Berücksichtigung der Kraft-Wärme-Kopplung

Programm

Begrüßung

Jürgen Zimper
Verbraucherzentrale des Saarlandes

Bürgerkraftwerke – gemeinsam die Energiewende angehen!

Heiko Hildebrand, Ökostrom Saar

Chancen und Möglichkeiten der dezentralen Energieerzeugung im Saarland

Dr. Simone Peter
Ministerin für Umwelt, Verkehr und Energie

Dezentral statt zentral – Stadtwerke als Motor der Energiewende?

Dr. Dieter Attig,
Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Saarbrücken

BHKW – Angebote für Privatverbraucher und staatliche Förderung

Dipl Physiker Helmut Pertz
Energieberater der Verbraucherzentrale

Gemeinsame Podiumsdiskussion mit den Referenten
Moderation Jürgen Meyer
Arbeitskammer des Saarlandes

Potentiale von Nah- und Fernwärme im Saarland, insbesondere als Ersatz von Nachtspeicherheizungen

Günther Frey
Institut für ZukunftsEnergieSysteme, IZES gGmbH

Im Anschluss laden Sie die Veranstalter zu einem gemeinsamen Imbiss ein.

In Deutschland sind im vergangenen Jahr 1917 MW bzw. 952 neue Windkraftanlagen errichtet worden, so dass Ende des Jahres insgesamt 25777 MW immerhin 8,6 % des Nettostrombedarfs decken konnten. Im Vergleich zum Vorjahr, in dem 1665 MW neue Anlagen errichtet wurden, stellt dies ein Wachstum der Neuinstallationen um 15 % dar. Grund hierfür dürfte in erster Linie die ab 1.1.2009 im EEG festgesetzten höhere Vergütung für Windstrom sein. In Rheinland-Pfalz sind im vergangenen Jahr 94,2 MW neue Windkraftanlagen (WKA) erbaut worden. Insgesamt 1021 WKA mit 1301 MW können 7,4 % des Nettostrombedarfs in unserem Nachbarland liefern. Im Saarland sind drei Anlagen mit zusammen 6 MW Leistung neu errichtet worden. Insgesamt drehen sich im Saarland damit 82,6 MW Windkraftanlagen, die im Vergleich zu Rheinland-Pfalz geringe 1,7 % des Nettostrombedarfs liefern. Hier wird im neuen Jahr hoffentlich Umweltministerin Simone Peter neue Akzente für ein stärkeres Wachstum setzen können.



Drei neue WKA wurden in Merzig Merchingen errichtet

Impressum

Hrsg: Energiewende Saarland e.V.
Postfach 10 04 10, 66004 Saarbrücken
email: ew-saar@web.de

Bankverbindung:
Bank 1 Saar eG, BLZ 591 900 00,
Kto.Nr. 658 990 00

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Kontaktadressen:

Fotovoltaik: Christian Bersin, Tel. 0681-473546,
ChrisBersin@web.de

Biomasse: Heiko Hoff, hhoff@gmx.de
Windkraft, Beteiligungsmodelle:

Thomas Nägler Tel. 06861 - 8390130,
Thomas.naegler@oekostrom-saar.de

Energieeinsparung, Energieeffizienz, Erneuerbare Energien:
Peter Wunsch, Tel.06897-7789312, peter.wuensch1@gmx.de

Die Regierungen auf allen Ebenen haben in Bezug auf Klimaschutz und Zukunftsfähigkeit unseres Energieversorgungssystem bisher im Grunde versagt. Die Energieversorger geben vor, sich Umweltproblemen zu widmen, tun dies aber nicht. Alle Seiten, Regierende und Energieversorger schieben sich Gelder zu und helfen sich gegenseitig. Der Klüngel beginnt auf kommunaler Ebene und setzt sich auf Landes-, nationaler und internationaler Ebene fort. Zwar gibt es Hoffnungsträger wie die neue Umweltministerin des Saarlandes Dr. Simone Peter. Jedoch steht auch sie einer Herkulesaufgabe im Kohleland Saarland gegenüber.

Selbst Bundesumweltminister Röttgen weist die Schuld den Energieversorgern zu. Er sagt, dass erneuerbare Energien kein ausreichender Grund für die aktuellen Preiserhöhungen seien. Vielmehr gäben die Energieversorger die gesunkenen Preise nicht an die Kunden weiter. Doch egal, wer oder was verantwortlich für die hohen Preise ist: Die Leidtragenden dieses verantwortungslosen Systems ist der Normalbürger, sind die Familien und im Besonderen die Armen in unserer Gesellschaft.

Eine andere Lösung, die aus diesem Sumpf führen, die Umwelt schonen und teuren Energiepreisen nachhaltig entgegenzutreten kann, beruht auf Eigeninitiative: Der Bürger muss sich von den bestehenden Energieversorgungs-

systemen weitgehend befreien. Es ist an der Zeit, selbst die Zügel in die Hand zu nehmen und etwas zu verändern.

Ein Zauberwort, um sich nicht länger von den Energieriesen unfaire Preise diktieren zu lassen, ist Unabhängigkeit: Verbraucher und ganze Gemeinden müssen es möglich machen, sich zu Eigenerzeugergruppen zusammenzuschließen. So wird es auch möglich, Umbaumaßnahmen gemeinsam zu finanzieren und günstig zu ermöglichen.

Seitens der Energiewende ist geplant monatliche Treffen zum Thema "Gemeinsam Energie sparen" anzubieten. Dort informieren sich die Teilnehmer gegenseitig, wie viel Energie verbraucht und an welchen Stellen effektiv Einsparungen vorgenommen werden können. Auch werden verschiedene energetische Sanierungsmaßnahmen – beispielsweise zur Wärmedämmung, Pellet-Heizungen oder Klein-Block-Heizkraftwerke – unter dem Aspekt behandelt, Projekte kostengünstig in Gemeinschaftsinitiativen umzusetzen.

Das erste Treffen ist am 24. März 2010 um 17:30 Uhr im Haus der Umwelt geplant. Interessierte melden sich bitte unter 0178 2061822 an.

1. Treffen der AG " Gemeinsames Energiesparen "
24. März 2010 17.30 Uhr
Haus der Umwelt
Saarbrücken, Evangelsich Kirch Straße 8

Interessierte melden sich bitte unter 0178 2061822 an.

Photovoltaikvergütung soll kräftig gesenkt werden - Wer Anlage bauen will, sollte sich sputen -

von Christian Bersin

Die Photovoltaik(PV)vergütung im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) soll in diesem Jahr nach Willen von Bundesumweltminister Röttgen in einem zusätzlichen Schritt kräftig gesenkt werden. Datum und genaue Höhe der Absenkung stehen allerdings noch nicht fest. Völlig zur Disposition stehen Photovoltaikanlagen auf bisherigen Ackerflächen. Diese sollen nach Willen eines Teils der CSU ganz aus dem EEG gestrichen werden.

Der ursprünglich von Röttgen für die Vergütungsabsenkung von Dachanlagen geplante Zeitpunkt war der erste April. Inzwischen ist der 1.6. im Gespräch. Statt der ursprünglich avisierten Absenkung in Höhe von 15 % sollen es nun 16 % werden. Die Vergütung auf Freiflächen soll am 1.7. gar um 25 Prozent zurückgefahren werden, PV-Anlagen auf Ackerflächen sollen überhaupt keine Vergütung mehr erhalten.

Grund ist das gewaltige Marktwachstum der Photovoltaik - das aufgrund des Preisverfalls für Solarmodule um ca. 30 % - im vergangenen Jahr eingetreten ist. Die jetzt allerdings überstürzten und unausgegorenen Pläne des Umweltministers könnten das Kind gleich mit dem Bade auskippen. Denn vor allem die deutsche Solarindustrie fürchtet um den Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit und droht mit dem Abbau von Arbeitsplätzen. Auch die Energiewende Saarland e.V. spricht sich gegen die geplanten Änderungen aus. Unsere Alternative: eine zusätzliche Absenkung von 5 % zum ersten Juli für alle Anlagen würde das zu befürchtende „Stichtagsfieber“ senken, die Installationsbetriebe

gleichmäßiger auslasten und wird auch von der deutschen Solarindustrie für machbar gehalten. Zum 1.1.2011 könnte gegebenenfalls erneut nachjustiert und - stärker als bislang geplant - die Vergütung abgesenkt werden, sollte der Photovoltaikmarkt weiterhin so boomen. Eine Absenkung in mehreren kleinen Schritten ist auf jeden Fall einer sehr riskanten Einmalabsenkung vorzuziehen. Völlig daneben ist der beabsichtigte Wegfall der Vergütung für Ackerflächen. Ursache hierfür ist der in einigen bayrischen Kreisen festgestellte Anstieg von Pachtpreisen für Ackerland, weil hier Freiflächenanlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung konkurriert. In diesem Falle tragen Landwirte die Nachteile, aber in fast allen anderen Gebieten Deutschlands sind die Landwirte die Hauptnutznießer, denn sie sind vielfach die Eigentümer der Flächen und können mit PV-Anlagen ordentlich dazu verdienen, werden unabhängig von den Preisen der Ackerfrüchte und die landwirtschaftliche Überproduktion wird sinken. Letztlich profitiert auch der Naturschutz von der Umnutzung der Ackerflächen, denn zwischen den Modulen haben seltene Arten vielfach wieder eine Chance.

Wer sich zurzeit mit dem Gedanken trägt, eine PV-Anlage auf das eigene Dach zu setzen, sollte aufmerksam die Nachrichten verfolgen. Sollte es bei den Plänen der Bundesregierung bleiben, ist ein baldiger Bau zu empfehlen, selbst wenn die Modulpreise aufgrund eines Stichtagsfiebers vermutlich steigen werden.

Nein zum gefährlichen Atomexperiment im benachbarten AKW Cattenom Risiko bei Atomanlage Cattenom wird durch neue Brennstäbe erhöht – Politik schweigt?

von Markus Pflüger

Anfang Dezember 2009 genehmigte die französische Atomaufsichtsbehörde ASN die Verwendung von neuem Nuklearmaterial für die vier Reaktoren in Cattenom – wie die Öffentlichkeit erst im Januar 2010 erfuhr. Die neuen Brennstäbe enthalten mehr Spaltmaterial: Statt mit 3 - 4 % Uran 235 sind die neuen HTC Brennstoffe (Haut tax combustion) mit 4,5 % spaltbarem Uran angereichert. Als Vorteil geben die Betreiber die längere Brenndauer der Brennstäbe (21 Monate) und die verlängerten Wartungsintervalle an.

„Gerade das ist besorgniserregend“, so Elisabeth Quaré von der AntiAtomgruppe MAUS (Messen für aktiven Umweltschutz welche die Luftradioaktivität Cattenoms misst), „wenn mit neuen Brennstoffen aus betriebswirtschaftlichen Gründen experimentiert wird und so Profit vor Sicherheit gesetzt wird!“ Erst im Sommer 2009 hatte die Revision des Blocks 3 des AKW Cattenom durch die Kontrolleure der französischen Atomaufsicht zu einem 4-seitigen Mängelbericht geführt. Quaré: „ Die Wartungsintervalle sollten mit zunehmender

Lebensdauer des bereits über 20 Jahre alten AKW Cattenom eher verkürzt als auch noch verlängert werden! Außerdem haben die neuen Brennstäbe bei der Anlieferung eine erhöhte Radioaktivität und damit auch ein erhöhtes Gefährdungspotential – wie sieht es entsprechend im Betrieb und anschließend mit dem zurückbleibenden Atommüll aus?“

Es wird davon ausgegangen, dass die Qualität vor allem der abgebrannten Elemente problematischer wird, da mehr Radioaktivität, mehr Wärmeentwicklung und mehr Plutonium zu erwarten ist, so die Einschätzung des Atomexperten Mycle Schneider gegenüber dem Antiatomnetz Trier. Die prognostizierte Verringerung des Atommülls um 25% spart außerdem die Seite der Brennelemente-Herstellung mit Urananreicherung aus. Man braucht mehr Uran und mehr Urananreicherung pro HTC-Brennelement. Deshalb fällt hier pro Element auch mehr Müll an.

Bedenklich stimmt zudem die zu erwartende höhere Tritiumbelastung der Mosel. Und dies besonders vor dem Hintergrund, dass die französische Atomaufsicht allen AKW-Betreibern vor einem Jahr die Erlaubnis entzogen hatte, die radioaktive Strahlung ihrer flüssigen und gasförmigen Emissionen selbst zu messen, weil Ungenauigkeiten aufgetreten waren. „Inzwischen ist die Erlaubnis wieder erteilt, aber das unangenehme Gefühl bleibt, wenn AKW-Betreiber sich selbst kon-

trollieren sollen.“ kritisiert das Antiatomnetz Trier. „Die Politiker der Region Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz sind aufgefordert, Aufklärung und Mitspracherechte zu verlangen. Es kann nicht sein, dass die französische Atomindustrie auf dem Rücken der Bevölkerung unabwägbare Experimente durchführt. Gefordert wird, dass die politisch Verantwortlichen in der Region Einspruch gegen diese unverantwortliche Risikoerhöhung einlegen! Erste Anträge dazu laufen im Stadtrat Trier.

Für die Atomkraftgegner bleibt Atomkraft die gefährlichste Art, Strom zu erzeugen, denn Generationen werden mit einem strahlenden Erbe belastet. Im benachbarten Lothringen wird daher immer wieder gegen das unlösbare Atommüllproblem in Bure und Umgebung protestiert. Statt das Risiko noch weiter zu erhöhen müssen Atom-anlagen wie Cattenom endlich abgeschaltet werden.

Jeder ist aufgerufen, als Beitrag zum Klimaschutz seinen Strom von einem reinen Ökostromanbieter zu beziehen um eine ökologische Energiewende mit Sparmaßnahmen, Wärmedämmung, Effizienzsteigerungen sowie Kraft-Wärme-Kopplung voranzutreiben - das Ziel: eine dezentrale und bürger-nahe Energieversorgung mit 100% erneuerbaren Energien ohne Atom- und Kohlestrom.

Zum Mitmachen: Anti-Atom-Bewegung plant Massenproteste

Protest-Kalender für das erste Halbjahr 2010: Demonstrationen, Umzingelungen, Stromwechsel-Aktionswoche, Anti-Atom-Treck, Aktions- und Menschenkette, Fahrrad-Sternfahrt

Im ersten Halbjahr 2010 wird sich der Konflikt um die Zukunft der Atomenergie zuspitzen. Angesichts der Pläne der Bundesregierung, die Laufzeiten der Atomkraftwerke zu verlängern, sind bundesweit Massenproteste geplant.

Am Wochenende 20./21. März wird mit einer Fahrradsternfahrt und einer Umzingelung des Kraftwerksgeländes gegen den Weiterbetrieb des AKW Neckarwestheim in Baden-Württemberg demonstriert.

Am 27. März werden Anti-Atom-Initiativen dezentral in vielen Orten an den Vertretungen der Stromkonzerne demonstrieren.

Das Bündnis „Atomausstieg selber machen“, getragen von vielen Initiativen und Umweltverbänden, ruft vom 10. bis 18. April zu einer Stromwechsel-Aktionswoche in zahlreichen Städten und Regionen auf, um möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, keinen Atomstrom mehr zu kaufen und zu einem echten Ökostrom-Anbieter zu wechseln.

Vom 21. bis 24. April rollt ein Anti-Atom-Treck vom niedersächsischen Gorleben über Uelzen und Lüneburg zum AKW Krümmel in Schleswig-Holstein.

Am 24. April gibt es zeitgleich eine große Umzingelungs-Aktion am AKW Biblis (Hessen), eine Demonstration am Atommüll-Lager in Ahaus (NRW) und eine Aktions- und Menschenkette vom AKW Brunsbüttel (Schleswig-Holstein) über Hamburg zum AKW Krümmel.

